

Laudatio
der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Elke Ferner
zum Preis der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-
und Gleichstellungsbeauftragter
„Gender Award - Kommune mit Zukunft“
Berlin, 14. November 2016

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Jury,

liebe Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte,

sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig hat gern die Schirmherrschaft über den Gender Award übernommen, und ich bin gern zur Preisverleihung gekommen.

I.

Die Plätze 2-4 sind bekannt.

Ich werde es jetzt ein bisschen spannend machen.

Aber ich verspreche Ihnen:

Vor dem Ende meiner Rede erfahren Sie, wer den Gender Award gewonnen hat.

Ich will zunächst noch einmal klarstellen, was die Gewinnerin leisten musste.

Das kommunale Handeln orientiert sich an gleichstellungspolitischen Fragestellungen.

Also Gleichstellung wird nicht irgendwie nebenbei gemacht.

Es handelt sich um strategisches Handeln,
das nicht nur nach innen wirkt.

Der Gedanke der Gleichstellung von Frauen und Männern
muss auch in der Öffentlichkeit verankert werden.

Die gleichstellungspolitischen Maßnahmen müssen dauerhafter
Bestandteil kommunalen Handelns sein,
und sie müssen Gender Budgeting enthalten.

Denn Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch eine
Frage des Geldes, der finanziellen Ressourcen.

Der Preis der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-
und Gleichstellungsbeauftragten zeichnet Kommunen aus,
die sich besonders für Gerechtigkeit einsetzen.

Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen und Männer
sind eine Gerechtigkeitsfrage.

Gleichzeitig werden Kommunen ausgezeichnet, die sich um ihre Zukunft verdient machen.

Denn Gleichstellung ist nicht nur gerecht.

Sie ist Voraussetzung für Fortschritt, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Ohne Gleichstellung von Frauen und Männer gibt es keine nachhaltige Entwicklung, sagen die Vereinten Nationen in den Entwicklungszielen ihrer Agenda 2030.

Was weltweit gilt, gilt auch für die Kommunen in Deutschland.

Anrede,

Die BAG hat den Gender Award zum ersten Mal ausgeschrieben.

Wir haben also heute eine Premiere – vielen Dank dafür.

Mein Dank gilt auch der Jury,
die die Bewerbungen gesichtet, intensiv diskutiert
und in einem transparenten Verfahren bewertet hat.

Frau Bocklage
Frau Gerstenberger,
Frau Professorin Kocher,
Frau Professorin Laskowski,
Frau Dr. Lukoschat,
Frau Pisal,
Frau Reschke,
Herr Rosowski,
Frau Sternatz
und Frau Unger,
herzlichen Dank!

II.

Ich habe selbst mal auf kommunaler Ebene angefangen,
Politik zu machen.

1984 wurde ich in den Bezirksrat Mitte der Landeshauptstadt Saarbrücken gewählt.

1986 war Saarbrücken die erste Kommune im Saarland, die ein Frauenbüro einrichtete.

Dieses Jahr feiert das Frauenbüro Saarbrücken 30-jähriges Jubiläum.

Seit damals weiß ich: Kommunen sind nicht das Kellergeschoss der Politik. Sie sind ihr Fundament – auch in der Gleichstellungspolitik.

Deshalb wollen wir mit dem Gender Award die Kommunen wertschätzen und unterstützen, die sich auf den Weg gemacht haben, um Gleichstellungspolitik nachhaltig umzusetzen.

Und wir wollen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten dabei unterstützen, Gleichstellungspolitik einzufordern und selbst mitzugestalten.

Vielleicht hilft das auch,
die Arbeit von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
und den Wert ihrer Arbeit
noch besser in die Öffentlichkeit zu bringen.

Sie, liebe Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, setzen sich
in der Organisationsentwicklung, im Personalwesen, bei den
Arbeitsbedingungen, bei Gleichstellungsplänen bzw.
Frauenförderplänen und beim aktiven Schutz vor
Diskriminierung für gleiche Rechte und Chancen von Frauen
und Männern ein.

Sie wirken auf die kommunalpolitischen Gremien ein
und arbeiten mit Trägern, Vereinen, Verbänden und
Einrichtungen zusammen.

Viele Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte stehen in Kontakt
mit der lokalen Wirtschaft und tun etwas für Gleichberechtigung
und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt.

Auch wer sich gegen Gewalt an Frauen einsetzt,
kann auf Sie zählen.

Nicht zuletzt sind Sie immer zur Stelle, wenn es vor Ort darum
geht, Frauen ganz konkret zu helfen.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind wichtige
Anlaufstellen für die Belange der Bürgerinnen und mitunter
auch der Bürger.

Der dritte Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern
weist aus, dass im Jahr 2014 eine hauptamtliche
Gleichstellungsbeauftragte auf 100.000 Menschen in
Deutschland kam.

2.900 haupt-, neben- und ehrenamtliche Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragte arbeiten in den Kommunen und
Bezirken.

Bei einer Befragung durch die BAG¹ hat sich vor ein paar Jahren allerdings herausgestellt,

- dass gerade in kleineren Kommunen viele Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte ehrenamtlich arbeiten,
- dass 40 Prozent der hauptamtlichen Beauftragten in Teilzeit beschäftigt sind
- und dass die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung das größte Problem ist.

Viele von Ihnen arbeiten unter schwierigen Bedingungen.

Mitunter versuchen auch konservative und liberale Mehrheiten die Frauenbeauftragten wieder abzuschaffen und ihre Arbeit als Gender-Wahn zu diffamieren.

Ignoriert oder belächelt zu werden, gehört leider immer noch zum Alltag von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

¹ Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsstellen und Frauenbüros – eine Diskussionsgrundlage.2012

Auch die eine oder andere Hass-Mail haben Sie vielleicht schon bekommen.

Es gibt diejenigen, die Gleichstellung schon immer kleinhalten wollten.

Und es gibt diejenigen, für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte geradezu ein Symbol für das sind, was sie an demokratischer Politik ablehnen:

Geregelte Verfahren, die auf verschiedene Interessen Rücksicht nehmen, aktive Antidiskriminierungsmaßnahmen und starke Frauen, die gleiche Rechte und Chancen vehement und wirksam einfordern.

Genau das aber ist Demokratie,
genau dafür stehen wir gemeinsam.

III.

Die Ministerinnen und Minister der Länder haben sich auf der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz 2015

ausdrücklich für eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ausgesprochen.

Die Bundesregierung begrüßt diesen Beschluss.

Auf Bundesebene haben wir im Zusammenhang mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen
- dem Gesetz, das die Frauenquote eingeführt hat -
auch das Bundesgleichstellungsgesetz novelliert.

Wir haben im öffentlichen Dienst des Bundes immer noch die Situation,
dass Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert sind;
dass der Frauenanteil abnimmt, je höher man in der Hierarchie steigt,
und dass Teilzeit nach wie vor Gift für die Karriere ist.

Das BGleIG verpflichtet die Dienststellen,
Arbeitszeiten und Rahmenbedingungen anzubieten,
die die Vereinbarkeit erleichtern.

Außerdem haben wir im Gesetz die Anforderungen an Gleichstellungspläne konkretisiert.

Nach dem neuen BGleG müssen Dienststellen eine Bestandserhebung zum Männer- und Frauenanteil vornehmen und dann für die einzelnen Bereiche, insbesondere für jede einzelne Vorgesetzten- und Leitungsebene, konkrete Ziele zum Frauenanteil benennen.

Gleichstellungspläne sollen noch mehr zum Werkzeug der Personalpolitik werden, und das stärkt auch die Gleichstellungsbeauftragten.

Das alles lässt sich nicht ohne weiteres auf die kommunale Ebene übertragen, zeigt aber, wie wichtig dem Bund die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten ist.

Wir unterstützen auch gern die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, beispielsweise bei der Frauenarmutskampagne, den Bundeskonferenzen oder ihren Veranstaltungen zu aktuellen Gesetzen.

Ein Thema, das auch mir persönlich sehr wichtig ist, ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik. Mittlerweile sind Frauen auf Bundes- und Landesebene häufiger mit an der Macht, sie sind sichtbar und sie drücken der Republik ihren Stempel auf. Trotz dieser Fortschritte ist die politische und gesellschaftliche Repräsentation von Frauen insgesamt immer noch unzureichend.

Vor allem in der Kommunalpolitik sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert sind.

Dort ist nur ein Viertel der ehrenamtlichen Mandate in den Stadträten und Kreistagen von Frauen besetzt.

Es gibt nur 9 Prozent Oberbürgermeisterinnen,
nur 9,5 Prozent Landrätinnen.

Hier haben wir noch deutlich Luft nach oben!

Gerne haben wir auch die BAG bei Ihrer Fachtagung zum
Prostituiertenschutzgesetz unterstützt, die vor drei Wochen hier
im Haus stattgefunden hat.

Denn die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes betrifft
auch die Kommunen, und damit sind auch Sie als kommunale
Gleichstellungsbeauftragte gefragt.

Mir ist es wichtig, dies alles vorab zu sagen.

Denn es gibt in vielen Kommunen Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragte,
die genauso aktiv und engagiert sind wie die Kommunen,
die heute prämiert werden.

Vielleicht arbeiten sie unter Rahmenbedingungen,
die keine so breit aufgestellte Gleichstellungsarbeit zulassen.

Vielleicht haben sie größere Widerstände zu überwinden.

Deshalb ist ihre Arbeit nicht weniger wert.

Auch wenn diese Kommune keinen Gender Award bekommt
und vielleicht nicht einmal eine Bewerbung möglich war.

Ich danke allen kommunalen Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten für ihr Engagement
und wünsche Ihnen viel Kraft und Durchsetzungsvermögen.

IV.

Preise sind trotzdem gut;
denn sie zeigen, was möglich ist.

Sie geben Anerkennung und damit auch Beispiele für andere.

Und jetzt ist es höchste Zeit, das Geheimnis zu lüften.

Der Gender Award - Kommune mit Zukunft 2016 geht nach Freiburg.

Er ist verbunden mit einem besonderen Dankeschön an die langjährige Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Freiburg, Ursula Knöpfle, und ihre Nachfolgerin, Simone Thomas.

Unser Dank gilt natürlich auch ihren Mitstreiterinnen Regina Gensler, Leiterin der Kontaktstelle Frau und Beruf, sowie Snezana Sever, Leiterin der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming.

Herzlichen Glückwunsch!

Warum hat sich die Jury für die Stadt Freiburg im Breisgau entschieden?

Kommunale Gleichstellungspolitik ist in Freiburg fest verankert.

Es gibt drei Stabsstellen,
für Gleichberechtigung, für Gender Mainstreaming und die
Kontaktstelle Frau und Beruf,
die alle dem Oberbürgermeister zugeordnet sind.

Drei Stellen, das heißt in Freiburg nicht,
dass unverbunden nebeneinander gearbeitet wird.

Gleichstellungspolitik ist gut vernetzt und wird als strategische
Aufgabe verstanden und umgesetzt.

Es gibt einen Gleichstellungsplan, und dieser Plan ist der
Rahmen, in den sich einzelne Projekte einordnen.

Solche Projekte gibt es viele.

Ich möchte hervorheben:

- das Personalentwicklungskonzept der Stadt,
mit dem Frauen für Bereiche angesprochen werden,
in denen sie bisher unterrepräsentiert sind,

- das Fortbildungsprogramm, das Frauen auf Führungspositionen vorbereitet und Netzwerke von Frauen mit Führungsverantwortung anstößt.

Die Stadt Freiburg setzt Gender Budgeting ein und verfügt über eine Dienstvereinbarung zur Förderung von Beruf und Familie und zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen.

Dabei werden Alleinerziehende besonders unterstützt, unter anderem durch Ausbildungsplätze für Alleinerziehende in Teilzeit.

Bei der Feuerwehr ist eine Planstelle für eine Springer-Kraft eingerichtet worden, um die Elternzeiten von Vätern besser koordinieren zu können. Ein Beispiel dafür, dass sich Gleichstellungspolitik auch an Männer richten kann und muss.

Kurz: Die Stadt Freiburg im Breisgau hat den Gender Award verdient – und sie hat noch einiges vor.

Zum Beispiel einen Aktionsplan unter Beteiligung von
Bürgerinnen und Bürgern für 2017.

V.

Unter dem Stichwort „wirliebenfreiburg.de“ stellt sich die Stadt
Freiburg als Arbeitgeberin vor.

Als ich die Seite aufgerufen habe,
war das erste Beispiel, das dort per Video gezeigt wurde,
eine Mitarbeiterin im Haupt- und Personalamt
mit schulpflichtigen Kindern und pflegebedürftigen
Angehörigen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf war sozusagen das erste,
womit die Stadt für sich als Arbeitgeberin wirbt.

Das ist eine moderne Einstellung und gleichzeitig eine gerechte
Haltung.

Wenn es nach wie vor häufiger die Frauen sind,

die sich bei Kindererziehung und Pflege mehr engagieren,
dann darf das nicht zum Nachteil für sie werden.

Das ist eine Gerechtigkeitsfrage.

Gleichzeitig weiß heute jeder Arbeitgeber,
dass es nicht mehr reicht, mit Geld und Dienstwagen zu
werben.

Gute Arbeitsbedingungen sind genauso wichtig,
und dabei steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an
vorderer Stelle.

Gleichstellung spiegelt die modernen Lebensverhältnisse wider.

Kommunale Gleichstellungspolitik,
vorangetrieben von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten,
ist Politik für Gerechtigkeit
und gleichzeitig moderne Politik für gute Lebensbedingungen.

Für Frauen und Männer.

Freiburg hat mit einer solchen Politik den Gender Award für eine Kommune mit Zukunft gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg weiterhin!

Ich freue mich, Ihnen den Gender Award jetzt persönlich überreichen zu können.